Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

IDEEN
INNOVATION
WACHSTUM
Die Hightech-Strategie für Deutschland

Sicherheitsgesetzgebung (SiGG)

Motivation

Bei politischen Maßnahmen, die der inneren Sicherheit dienen sollen, nimmt die Diskussion um die Notwendigkeit von staatlichen Eingriffsbefugnissen einen breiten Raum ein. Das gilt vor allem für die Frage, wie beispielsweise neuen Bedrohungsszenarien, wie organisierter Kriminalität oder internationalem Terrorismus, angemessen begegnet werden kann. Bei der Formulierung des Sicherheitsrechts kommt der Exekutive eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Rolle sollte von den Akteuren so wahrgenommen werden, dass das diffizile Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit in der Balance gehalten wird. Welche Instrumente und Lösungen dafür am besten geeignet sind, ist jedoch nicht immer offensichtlich.

Ziele und Vorgehen

Das Vorhaben SiGG ist zum einen darauf ausgerichtet, die theoretischen Zusammenhänge des Verhältnisses zwischen Exekutive und Judikative zu analysieren und in die wissenschaftliche Diskussion einzubringen. Zum anderen ist es Ziel des Vorhabens, die vielfältigen Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme der Sicherheitsakteure auf die Sicherheitsgesetzgebung ergeben können, zu analysieren. Die Grundlage dafür liefern ausführliche Analysen der drei Bereiche Gesetzgebung zur Videoüberwachung, zur Telekommunikationsüberwachung sowie zu biometrischen Kontrollsystemen.

Innovationen und Perspektiven

Als Ergebnis des Projekts werden die Gesetzgebungsprozesse im Sicherheitsrecht differenziert abgebildet und die grundlegenden Fragen von Regierungslegitimation, Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Beteiligung und Kontrolle sowie Lösungskonzepte erarbeitet.

Bei Maßnahmen, die der inneren Sicherheit dienen, ist es wichtig, das Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit zu wahren. (Quelle: © iStockphoto.com / no_limit_pictures)

Programm
Forschung für die zivile Sicherheit
Bekanntmachung: „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“

Gesamtzuwendung
920.000 €

Projektlaufzeit
07/2010 - 06/2013

Projektpartner
- Universität Bielefeld
- Universität Witten/Herdecke

Verbundkoordinator
Prof. Dr. Christoph Gusy
Universität Bielefeld
Fakultät für Rechtswissenschaft
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte
christoph.gusy@uni-bielefeld.de